

AußenwirtschaftsNews – USA

04/2024

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA sowie Mittel- und Osteuropa.

1 Konjunktur

- Die Arbeitslosenquote in den USA sank im März 2024 leicht auf 3,8 Prozent. Außerdem entstanden 303.000 neue Jobs, das waren 33.000 mehr als im Januar. Die Aussichten der US-Wirtschaft wurden nach oben korrigiert. In der jüngsten Bloomberg-Umfrage unter Ökonomen liegt die Prognose für das US-Wachstum im Jahr 2024 bei +2,2 Prozent und damit etwa doppelt so hoch, wie noch im September erwartet. Zudem sank die Wahrscheinlichkeit einer Rezession auf den niedrigsten Stand seit Juli 2022, mit 35 Prozent.
- Die Inflationsrate lag im März bei 3,5 Prozent und ist damit im Vergleich zum Februar um 0,3 Prozent gestiegen. Die Fed ließ die Zinssätze zum fünften Mal in Folge unverändert bei 5,25 Prozent. Nachdem die Inflations- und Arbeitsmarktdaten im Januar und Februar aufgrund des Rückenwinds einer boomenden Wirtschaft höher als erwartet ausfielen, schlägt die Fed vor, die Zinssätze noch länger hochzuhalten.
- Der Einsturz der Brücke in Baltimore sorgt täglich für wirtschaftliche Einbußen von bis zu 15 Millionen US-Dollar. Bis zu 2,5 Millionen Tonnen Kohle, Hunderte von Autos von Ford und General Motors sowie Bauholz und Gips können dadurch nicht mehr verladen werden.
- Der ISM-Einkaufsmanager-Index für das verarbeitende Gewerbe stieg im März auf 50,3 Punkte und lag damit leicht über dem 50 Prozent-Wert, der auf eine Expansion hindeutet. Das sind 2,5 Prozentpunkte mehr als im Februar. Der Aufschwung im März wurde durch stärkere Auftragseingänge und eine stärkere Produktion unterstützt.
- Die von Präsident Donald Trump im Jahr 2017 durchgesetzten Steuersenkungen erhöhten die Investitionen in den USA, steigerten aber zugleich die Staatsverschuldung um mehr als 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr, wie neue Untersuchungen zeigen.
- Dem Economist zufolge könnten die Ausgaben für Schuldenzinsen dieses Jahr die Ausgaben für Landesverteidigung übersteigen.
- Statt der prognostizierten 0,8 Prozent gingen die Einzelhandelsumsätze im Januar, im Vergleich zum Vormonat, um 1,1 Prozent zurück – der stärkste monatliche Rückgang seit fast einem Jahr.

- Für die Energiewende brauchen die USA deutlich mehr Fachkräfte, besonders in den Bereichen der Batterieproduktion. Die Produktion von Lithium-Ionen-Batterien in den USA soll sich bis 2030 versechsfachen. Der größte Mangel herrschte branchenweit an Ingenieuren, Technikern und Monteuren. Identifiziert wurden auch Qualifikationslücken in Bereichen wie Sicherheit, Fertigung, Elektrochemie, Batteriemanagementsysteme, Batteriechemie sowie Produkt- und Systemdesign.

2 Handelspolitik

- Anfang April 2024 tagte der EU-US Handels – und Technologierat (TTC) zum sechsten Mal. Der TTC dient der Abstimmung zwischen der EU und den USA in internationalen Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen:
 - Die Kooperation im Bereich KI soll dazu führen, gemeinsame, risikobasierte, Leitlinien für einen sicheren und vertrauensvollen Umgang mit KI-Technologien auszuarbeiten.
 - Um die Abhängigkeit von China im Bereich der kritischen Rohstoffe zu reduzieren, wollen sich die USA und die EU bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, besonders für die Batterien von Elektroautos, abstimmen. Das „Minerals Security Partnership Forum“ wird als Plattform für die Zusammenarbeit im Bereich der kritischen Rohstoffe eingeführt. Neben den USA und der EU sind auch Kasachstan, Namibia, Ukraine und Usbekistan Mitglied.
 - EU und USA wollen gemeinsam an der Entwicklung des 6G-Standards forschen und ihre Ergebnisse besser austauschen.
- Die US-Regierung drängt Verbündete wie die Niederlande, Deutschland, Südkorea und Japan, die Beschränkungen für Chinas Zugang zu Halbleitertechnologie weiter zu verschärfen.
- Chinas größter Hersteller von Elektroautos BYD soll nach Berichten des Wall Street Journals Produktionsstandorte in Mexiko erkunden, um den lokalen Markt zu beliefern. Aufgrund von Sicherheitsbedenken gegenüber chinesischen Automobilherstellern erwägt die US-Regierung, auch den Import von dort hergestellten chinesischen Fahrzeugen einzuschränken.
- Um deutsche Unternehmen über Geschäftschancen im südlichen Teil der USA zu informieren, organisiert die Deutsch-Amerikanische Handelskammer regelmäßig [45-minütige Webinare](#) zu einzelnen Bundesstaaten.

3 Allgemeine Politik

- Der US-Wahlkampf dominiert die Politik. Einer landesweiten Umfrage zufolge, die unter registrierten Wählern durchgeführt und Anfang März veröffentlicht wurde, liegt Trump mit 48 Prozent deutlich vor Biden, der von 43 Prozent der Befragten unterstützt wurde.

- Auch die Rede zur Lage der Nation, die Präsident Biden Anfang März hielt, hat seine Unterstützungswerte nicht im großen Rahmen verbessern können.
- Von besonderer Bedeutung sind die sogenannten Swing States (bei den US-Wahlen 2024: Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, North Carolina, Pennsylvania, Wisconsin). Aktuell liegt Trump in fünf und Biden in zwei der Swing States vorne. Biden gewinnt allerdings in sechs der sieben Staaten an Beliebtheit, nur in Georgia baut Trump seinen Vorsprung aus. Zugutekommen könnte Biden zudem, dass ihn die Industriegewerkschaft United Steelworkers offiziell unterstützen wird. Dadurch wird sein Wahlkampf in wichtigen industriell geprägten Swing States gestärkt.
 - Der monatelange Streit über die militärische Unterstützung der Ukraine konnte gelöst werden. Nach dem Einlenken der Republikaner im Repräsentantenhaus billigte auch der Senat das 61 Milliarden US-Dollar schwere Hilfspaket für die Ukraine. Zudem stellen die USA weitere 34 Milliarden US-Dollar für die Unterstützung von Israel und Taiwan bereit.
 - Im Präsidentschaftswahlkampf von Robert F. Kennedy Jr. hieß es, er habe genügend Unterschriften, um als Drittkandidat in North Carolina, einem Swing-State, aufzutreten. Auch wenn er als dritter Kandidat keine realistischen Chancen auf das Präsidentschaftsamt hat, könnte Kennedy entscheidende Stimmen bündeln und somit den Ausgang der Wahlen in Swing States und dadurch auch den Ausgang der Präsidentschaftswahl entscheidend beeinflussen.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.